

Niederschrift zur 51. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 7. Mai 2015 um 18.30 Uhr, im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.00 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnungspunkte:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 50. Sitzung vom 09.04.2015
3. Erschließung des Wohngebietes Aumunder Wiesen
- Abgabe einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange
4. Verkaufsausschreibung für das ehemalige Hartmannstift
5. Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen im Hartmannstift
6. Vergabe von Globalmitteln
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker	Schulte im Rodde, Christoph
Sulimma, Wilfried	Pörschke, Thomas
Tienken, Volker	Buchholz, Rainer
Riebau, Joachim	Frenzel, Greta
Sprehe, Heike	Scharf, Detlef
Jäckel, Gabriele	Degenhard, Cord
Keßenich, Gundram	Sonnekalb, Ralf
Kurt, Sabri	Kiener, Günter

Weitere Teilnehmer:

Herr Mosel	M-Projekt
Herr Schreckenber	Planungsbüro Schreckenber
Frau Meyer	Immobilien Bremen
Frau Kodré	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Bronke	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Voss	Polizei

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.
Er erinnert an die Radtour des ADFC am 18. Mai 2015 und bittet um Rückmeldungen.
Außerdem informiert er über die Eröffnung des Spieltreffs Bremen-Nord am 12. Mai 2015.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegt ein schriftlicher Antrag zur Bebauungsplanung Aumunder Wiesen vor, der die Erschließung des Baugebietes Aumunder Wiesen, Tagesordnungspunktes 3, betrifft.

Es werden keine weiteren Wünsche an den Beirat vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 50. Sitzung vom 9. April 2015

Die Niederschrift der 50. Sitzung vom 09.04.2015 wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Erschließung des Wohngebietes Aumunder Wiesen

- Abgabe einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schreckenbergr und Herrn Mosel.

Herr Schreckenbergr stellt mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Entwurfsplanungen vor. Das gesamte Gebiet wird als verkehrsberuhigte Zone ausgewiesen, d. h. dass es keine Fuß- und Radwege geben wird. Parkstreifen und Sonderbereiche werden im Pflaster durch verschiedene Farben dargestellt.

Ein Zugang zum Friedhof wird über einen öffentlichen Fuß- und Radweg ermöglicht. Für die verkehrsberuhigte Ringstraße im Wohngebiet ist eine Straßenbreite von 6,5 Metern festgelegt worden. Es werden 20 Stellflächen im öffentlichen Raum eingerichtet.

Die Verkehrsberuhigung wird durch stellenweise Reduzierung der Straßenbreite erreicht.

Außerdem sind zahlreiche Baumpflanzungen in der öffentlichen Verkehrsfläche geplant.

Die Zufahrt zur Meinert-Löffler-Straße erfolgt über eine Hochpflasterung.

Einige Flächen des Baugebietes, die für eine Bebauung nicht geeignet sind, werden an die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke übertragen.

Die Höhensituation des Baugebietes ist nicht ganz unproblematisch. Sie muss bei der Bebauung der einzelnen Grundstücke beachtet werden. Die privaten Bauherren müssen dazu jeweils gut beraten werden, damit es keine Entwässerungsprobleme gibt. Das Planungsbüro wird deshalb den Verkaufsprozess begleiten, damit dort vernünftige Lösungen gefunden werden. Das Regenrückhaltebecken wird über 1000 m³ Wasser zwischenspeichern können und ist somit für „das 100 jährige Regenereignis“ ausreichend.

Der Geh- und Radwegbereich an der Meinert-Löffler-Straße wird ca. 30 Meter vor der Kreuzungssituation zur Straße hin verlegt, damit Fahrradfahrer und Fußgänger besser sichtbar sind und eine bessere Einsehbarkeit hergestellt wird. Dafür müssen möglicherweise 8 bis 9 Bäume gefällt werden.

Der ortsbildende Baumbestand soll weitgehend erhalten bleiben und wird durch Bäume und Sträucher in den privaten und öffentlichen Flächen ergänzt. Auf den privaten Flächen werden durch den Investor 55 „Traubenkirschen“ gepflanzt um dem Baugebiet einen grünen Charakter zu geben. Weitere Grünelemente werden dem Baugebiet das ortstypische Aussehen geben.

Herr Pörschke bittet Herrn Baumgart von Siedlerbund um eine Stellungnahme, ob die Einwände der Anwohner mit dieser Planung ausgeräumt werden konnten.

Herr Baumgart ist erfreut, dass das Regenrückhaltebecken in einer für Starkregen geeigneten Größe geplant wurde.

Der Vorsitzende erinnert an den Bürgerantrag, eine Nutzung der jetzigen Friedhofszuwegung als Baustellenzufahrt abzulehnen und die Stellungnahme eines Anliegerehepaares mit dem Inhalt, dass eine alleinige Belastung der Beckstraße durch Baustellenverkehr abgelehnt wird, eine anteilige Belastung jedoch getragen würde. Er bittet um eine Erklärung, wie sich die Belastung der Anwohner in der Bauphase darstellen wird.

Herr Schreckenbergr erläutert, dass die Bäume an der Meinert-Löffler-Straße nicht im Sommer gefällt werden sollen und daher die ersten Bautätigkeiten, also der Kanalbau des Investors auf der öffentlichen Straße und die Herstellung der Baustraße, wahrscheinlich über die Beckstraße abgewickelt werden. Wenn später die privaten Bauherren kommen, wird die

Baustraße über die Meinert-Löffler-Straße erschlossen sein. D.h. anfangs werden einige Bautätigkeiten über die Beckstraße laufen, die hauptsächlichs Baustellenverkehre werden ab Herbst über die Meinert-Löffler-Straße abgewickelt.

Der Vorsitzende resümiert, dass ein kompletter Ausschluss von Baustellentätigkeiten über die Beckstraße somit nicht möglich ist und der Bürgerantrag abgelehnt werden müsste. Der Stellungnahme, dass nicht der ganze Baustellenverkehr über die Beckstraße abgewickelt soll, kann gefolgt werden.

Der Beirat stimmt dem zu.

Herr Baumgart befürchtet, dass der geplante Fuß- und Radweg in einigen Jahren doch zu einer Straße umgebaut werden könnte. Dieser Weg darf nur im Notfall für Fahrzeuge geöffnet werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die vorliegende Planung, wenn sie so beschlossen wird, verbindlich ist und der Bebauungsplan nicht auf Zuruf geändert werden kann.

Herr Mosel ergänzt, dass er es für ausgeschlossen hält, den Bebauungsplan zu ändern, nur weil möglicherweise zwei Bewohner einen kürzeren Weg zur Arbeit haben möchten.

Der Vorsitzende fragt, wie die Pflege des Regenrückhaltebeckens gewährleistet wird.

Ein Regenrückhaltebecken gehört zur öffentlichen Kanalanlage und die Pflege wird aus den Abwassergebühren finanziert. Das Budget für die Pflege der öffentlichen Grünflächen wird dadurch nicht belastet.

Herr Pörschke erinnert an einen Beiratsbeschluss, dass das Gebiet im Bereich der Meinert-Löffler-Straße, welches zur Erschließung des Baugebietes benötigt wird, den Anwohnern zu Gartenlandpreisen angeboten werden sollte. Da dieser Konflikt nicht aufgelöst wurde, wird seine Fraktion dieser Planung nicht zustimmen.

Folgender Beschluss wird mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung gefasst:

Der Beirat Vegesack stimmt der vorgelegten Planung zu.

Tagesordnungspunkt 4

Verkaufsausschreibung für das ehemalige Hartmannstift

Der Vorsitzende erinnert: 2008 hat sich der Beirat zum ersten Mal mit einer Nachfolgenutzung des Hartmannstifts beschäftigt. Damals wurde beschlossen, dass der historische Kern zu erhalten sei. Im März 2011 wurde einem städtebaulichen Gutachterverfahren, einer Verkaufsausschreibung auf Grundlage des städtebaulichen Entwurfs und einem architektonischen Gutachterverfahren zugestimmt. Im August 2011 wurde mit dem Entwurf eines „Stiftungshofes“ ein Gewinner des Architektenwettbewerbs ermittelt und im Beirat vorgestellt. Die Ausschreibung für dieses Projekt führte seinerzeit zu keinem Erfolg, sodass die Ausschreibung für dieses Projekt überarbeitet werden musste.

Frau Meyer erklärt, dass die neue Ausschreibung am 9. Mai veröffentlicht wird. Abgabetermin ist bis zum 15. Juli 2015. Die entscheidende Änderung zur letzten Ausschreibung ist, dass nur die Fassade des Altbaus zu erhalten ist und mit Konzept und Preis ausgeschrieben wird. Das bedeutet, dass bei der Gewichtung der Entscheidung zu 40 % das Konzept und 60 % der Preis einfließt. Die städtebauliche Figur soll bleiben, wie die bereits im Wettbewerb erarbeitet wurde. Der Sozialwohnungsquote von 25 % soll eingehalten werden.

Wenn die Angebote eingehen, wird Immobilien Bremen gemeinsam mit dem Bauamt Bremen-Nord, Vertretern des Ortsamtes und des Beirates die Konzepte sichten und bewerten.

Der dann bevorzugte Investor soll anschließend in einem Gestaltungsgremium die architektonische Gestaltung genauer vorstellen.
Herr Scharf fragt, was der entscheidende Unterschied zur vorherigen Ausschreibung ist.

Frau Meyer erklärt, dass 2011 zum Höchstpreis ausgeschrieben wurde. Außerdem besteht eine klarere Aussage, in welchem Zustand sich der Altbau befindet, damit der Investor besser kalkulieren kann.

Frau Sprehe erinnert, dass der Beirat bei der ersten Stellungnahme seinerzeit zumindest die historische Fassade erhalten wollte. Die Ausschreibung verlangte aber eine Erhaltung des historischen Kernes. Das Interesse des Beirates liegt darin, ein interessantes Wohngebiet an dieser Stelle zu bauen. Sie begrüßt, dass der Beirat in dem weiteren Verfahren beteiligt wird.

Herr Degenhard weist darauf hin, dass er die Sozialquote für eine investorenunfreundliche Regelung hält.

Herr Kiener glaubt, dass das Grundstück durch die Sozialquote weniger einbringen wird, als ohne Sozialquote. Er fragt, ob der historische Kern als Altenheim oder Altenwohnungen berücksichtigt wird und wie groß der Anteil eines Heimes an der 25 % Regelung sein wird.

Frau Meyer erklärt, dass es Sache des Investors ist, wo er den sozialen Wohnungsbau realisiert. Es wird erwartet, dass diese Informationen in den vorzulegenden Konzepten enthalten sind.

Herr Kurt erklärt, dass seine Fraktion den Sozialwohnungsbau an dieser Stelle begrüßt und auch eine Quote von 50 % unterstützen würde.

Herr Kiener erklärt, dass seine Fraktion den Sozialwohnungsbau in Bremen-Nord unterstützt, die Quote jedoch bei einer Investorensuche sehr hinderlich ist.

Der Vorsitzende fragt, wann mit einem Verkauf gerechnet werden könne.

Frau Meyer erklärt, dass die Lieferung des Grundstückes erst dann erfolgen kann, wenn das Planungsrecht rechtskräftig ist. Bis dahin sind viele Arbeitsschritte abzarbeiten, ein genauer Termin kann nicht festgesetzt werden.

Der Vorsitzende bittet um ein Votum zum vorliegenden Ausschreibungstext.

Einstimmiger Beschluss:

Der Beirat Vegesack stimmt der Verkaufsausschreibung zu.

Tagesordnungspunkt 5

Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen im Hartmannstift

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kodré, Herrn Bronke und die Mitglieder der Willkommensinitiative.

Er erinnert daran, dass es schon seit über 20 Jahren ein gut funktionierendes Übergangswohnheim in der Johann-Lange-Straße und seit letztem Jahr das Übergangswohnheim in der Steingutstraße gibt, welches auch nochmals um 60 Plätze erweitert werden soll. Tagtäglich kommen viele Flüchtlinge in Bremen an, die vorübergehend untergebracht werden müssen. So kam es zu der Überlegung, das ehemalige Hartmannstift vorübergehend und kurzfristig als Übergangslösung zu nutzen, bis es verkauft ist.

Frau Kodré berichtet, dass pro Monat ca. 300 Menschen in Bremen ankommen. Es wird versucht, möglichst viele Menschen in Wohnungen zu vermitteln, um Platz in den Wohnheimen zu schaffen, was allerdings nicht ausreicht. Es gibt im Moment verschiedene Notmaßnahmen, so sind vorübergehend z.B. die Messehallen und die Eishallen als Notunterkünfte eingerichtet worden, aber immer, wenn die Hallen gebraucht werden, müssen die Flüchtlinge umziehen. Im Juli wird es besonders eng, sodass überlegt wurde, den Hartmann-Stift bis zum Verkauf zu nutzen.

Das Gebäude verfügt über keinerlei Sanitäreinrichtungen, sodass entsprechende Container auf dem Hof aufgebaut werden müssen. Obwohl nicht alle Räumlichkeiten geeignet sind, wird bei einer lockeren Belegung von einer Unterbringungsmöglichkeit für ca. 180 Personen gerechnet. Es wird keinerlei Kochmöglichkeit geben, sodass das Essen angeliefert werden muss.

Aufenthaltsräume und Räume für Sprachkurse und Kinderbetreuung können gut eingerichtet werden. Das Heim würde voraussichtlich durch den ASB betreut werden.

Es soll in den Kurzzeit-Unterkünften in Zukunft ein schulisches Angebot geben, damit die Zeit nicht ungenutzt bleibt.

Herr Buchholz erinnert, dass er der letzten Maßnahme, das Heim in der Steingutstraße zu erweitern, nur zähneknirsch zustimmen konnte. Er bedauert, dass das Sozialressort nicht in der Lage ist, vernünftige und längerfristig nutzbare Standorte zu finden. Er betont, dass Asylbewerber und Flüchtlinge nicht gleichgestellt werden können. Kriegsflüchtlinge müssen selbstverständlich aufgenommen werden, bei den Asylbewerbern müsse man Unterschiede machen. Außerdem sieht er in Bremen noch immer keine Verteilungsgerechtigkeit.

Da immer mehr Flüchtlinge untergebracht werden müssen, bringt er das Vulkan Verwaltungsgebäude in Erinnerung. Er befürchtet, dass die Nutzung des Hartmannstiftes den Verkauf verzögern und erschweren könnte.

Frau Sprehe erklärt, dass jeder Flüchtling zunächst ein Asylverfahren durchläuft und abgelehnte Asylbewerber über kurz oder lang in ihre Heimat zurückkehren müssen, im letzten Jahr waren das immerhin 300 Personen.

Sie erinnert daran, dass es sich bei der Planung um eine Notunterkunft handeln soll und fragt, mit welcher Verweildauer gerechnet werden muss. Sie betont, dass das leerstehende Gebäude besser für eine Unterbringung geeignet ist, als Messe- und Eishallen. Außerdem klagt sie, dass es in der Steingutstraße bisher nur eine ehrenamtliche Kinderbetreuung gibt.

Herr Bronke erklärt, dass in der ganzen Stadt nach Standorten gesucht wird. Das Hartmannstift wurde dem Sozialressort angeboten. Leider ist im Voraus nicht zu sagen, wie lange die Menschen dort untergebracht werden müssen. Da dort keinerlei Kochmöglichkeiten vorhanden sind, und das Kochen bei den Flüchtlingen einen hohen Stellenwert hat, sollen Familien möglichst schnell in Wohnungen vermittelt werden.

Herr Scharf hat sich die Messehallen angeschaut und hat keine Kinderbetreuung und keinen Schulunterricht wahrgenommen. Die Menschen haben sich gelangweilt und es gab keinerlei Betreuung. Außerdem hat er sich die Belegungsliste angeschaut und festgestellt, dass von 110 Menschen in der Unterkunft, 21 Personen aus Syrien, 18-20 Personen aus Schwarzafrika und der Rest aus den Balkanstaaten kamen. Da 98 Prozent der Asylbewerber aus den Balkanstaaten abgelehnt werden, wundert er sich, dass diese nicht wieder zurück geschickt werden. Dann gäbe es auch kein Unterbringungsproblem.

Frau Kodre erklärt, dass das Sozialressort für die Unterbringung von allen Menschen, die als Flüchtlinge oder Asylbewerber einen bewilligten Aufenthalt haben, verantwortlich ist. Die Frage der Rückführung müsste mit der Innenbehörde diskutiert werden.

Herr Degenhard erläutert, dass es in Bremen ca. 2000 bis 3000 Menschen gibt, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde. Im vergangenen Jahr sind 13 bis 14 Menschen abgeschoben worden. Die 300 Menschen, die Frau Sprehe erwähnte, sind aus eigenem Antrieb gegangen.

Herr Bronke erklärt, dass die meisten Personen, die untergebracht werden müssen, Asylbewerber sind. 20 bis 25 Prozent der Anträge werden anerkannt. Von den Personen, die aus Syrien kommen, werden z.B. ganz viele Anträge abgelehnt, weil das Asylrecht nur dann besteht, wenn man persönlich aus politischen und ethnischen Gründen verfolgt wird. Die Menschen aus Syrien kommen meistens nicht her, weil sie verfolgt werden, sondern weil sich dieses Land in einem Kriegszustand befindet. Daher werden die Asylanträge abgelehnt, die Menschen können aber unter einem Duldungsstatus im Land bleiben, bis der Krieg beendet ist. Sehr viele von Herrn Degenhard genannten 2000 bis 3000 Personen gehören zu dieser Gruppe.

Das Flüchtlingsproblem würde sich durch eine stringenter Abschiebepolitik nicht ändern. Außerdem sind die Beobachtungen von Herrn Scharf nicht repräsentativ.

Herr Kurt spricht sich für die Unterbringung der Flüchtlinge aus und kritisiert, dass überhaupt Menschen in Messe- und Eissporthallen untergebracht werden müssen. Er hält es für eine Menschenpflicht die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Außerdem dankt er der Willkommensinitiative für ihren Einsatz.

Herr Pörschke erklärt, dass es viele Menschen gibt, die aus den verschiedensten Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurück können. Es müssen jeweils Einzelfallprüfungen erfolgen. Er fragt, ob, wegen der fehlenden Kochmöglichkeiten nur alleinstehende Männer in dem Übergangwohnheim untergebracht werden sollen, weil eine gemischte Belegung einfach mehr Ruhe in die Unterkünfte bringt. Außerdem erkundigt er sich nach der räumlichen Abtrennung zur Albrecht-Roth-Straße, der möglichen Lärmbelästigung, der Zimmerbelegung und dem Planungszeitraum.

Frau Kordé erklärt, dass es auf jeden Fall eine gemischte Belegung geben wird, wobei Familien sicherlich zuerst in Unterkünfte mit eigener Kochgelegenheit vermittelt werden sollten. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass viele Familien den Wechsel nicht unbedingt wollen, um nicht ständig umziehen zu müssen.

Zur Raumplanung berichtet sie, dass 12 m² Zimmer als Einzelzimmer und 25 m² Zimmer für bis zu 4 Personen angedacht sind. Bei den Zimmergrößen dazwischen wird geschaut, wie eine vernünftige Belegung organisiert werden kann.

Frau Meyer erklärt dass das Hartmannstift bis zur Lieferung des Grundstücks als Notmaßnahme zur Verfügung stehen könnte, also bis zu dem Zeitpunkt, wenn Planungsrecht geschaffen ist.

Herr Scharf fragt nochmals nach der Betreuung in den Einrichtungen.

Frau Kodré erklärt, dass die Unterbringung in den Messhallen und in den Eishallen nur sehr kurz befristet ist. In den Einrichtungen gibt es Einrichtungsleitungen, Sozialassistenten und Wachdienste. Eine Kinderbetreuung ist nicht an jeder Stelle und sofort zu gewährleisten, aber daran scheitert nicht das Funktionieren eines Übergangwohnheimes. Unbestritten ist es, dass die Kinderbetreuung für die Integration der Familien sinnvoll ist. Die Sozialbehörde und die Träger der Einrichtungen kommen langsam an ihre Kapazitätsgrenzen. Es wird keinesfalls ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot angeboten werden, es wird immer nur um einzelne Tage gehen können. Das Ziel, die Kinder in den öffentlichen Kitas unterzubringen wird nicht immer erreicht, ist aber auch nicht immer von den Flüchtlingen gewünscht. Sie dankt der Willkommensinitiative für ihr Engagement, die in der Steingutstraße ein ganz hervorragendes Angebot anbietet.

Herr Scharf beklagt, dass die Sozialassistenten keinerlei sozialpädagogische Ausbildung haben. Die Hausmeister werden in den Heimen Sozialassistenten genannt, damit sie anders eingruppiert werden. Er hält das Ganze für eine Lüge.

Frau Kodré erklärt dazu, dass tatsächlich nicht alle, die in Wohnungen ziehen betreut werden, sondern nur diejenigen, die Unterstützungsbedarf haben. Die Sozialassistenten haben kein sozialpädagogisches Studium aber sie können sehr praktische Unterstützung geben, die auch gebraucht wird.

Herr Tienken beklagt den Zustand des Hartmannstifts und würde eine Unterbringung im ehemaligen Vulkangebäude begrüßen.

Herr Bronke erklärt, dass die Planungen der Sozialbehörde auf den Zugangsprognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge basieren. Diese Zugangsprognose ist seit Januar völlig aus den Fugen geraten, weil die Zugänge sich sehr drastisch erhöht haben. Nun müssen Unterbringungsmöglichkeiten aus dem Boden gestampft werden, um kurzfristig Notlösungen zu schaffen. Natürlich wird nach langfristigen Lösungen gesucht, zum jetzigen Zeitpunkt gibt es jedoch keine Wahl.

Herr Kiener erinnert daran, dass er das Vulkangebäude schon vor Jahren favorisiert hat. Mit geringen Mitteln hätte man dort für eine dauerhafte Lösung gehabt. Herr Frehe habe diese Möglichkeit damals leider nicht gewollt.

Frau Kodré erinnert, dass das Vulkangebäude zum einen nicht der Stadt gehört und dass es außerdem sehr groß sei. Es wurde der Stadt nur als Ganzes angeboten, was bedeuten würde, dass dort eine Belegung von 800 bis 1200 Menschen hätte erfolgen müssen. Sie glaubt nicht dass der Beirat solch einer Einrichtung zustimmen würde. Auch die Sozialbehörde findet solche Einrichtungen nicht angemessen.

Wenn nur Teile des Gebäudes angeboten würde, käme sie gerne wieder auf den Beirat zu.

Herr Jacobi fragt, wie viele Menschen von den 180 Menschen, die im Hartmannstift untergebracht werden sollen, Kriegsflüchtlinge sind. Außerdem fragt er nach Zahlenmaterial, wie sich die Unterbringung von Flüchtlingen innerhalb Bremens verteilt.

Herr Bronke erklärt, dass nicht vorher zu sagen ist, welche Personen in dem Heim einziehen werden. Prognosen sind einfach nicht möglich.

In der Vergangenheit ist ein Großteil der Flüchtlinge aus Syrien und aus Afrika –Eritrea gekommen. In Afrika herrschen z.Zt. faktisch auch Kriegszustände. Über den Begriff Kriegszustände kann man streiten. Die Aufgabe der Sozialbehörde ist es aber, Menschen, die einen Asylantrag stellen erst einmal unterzubringen.

Die Verteilung auf Bremen ist auch schwer zu sagen, weil nicht klar definiert ist, wie lange ein Flüchtling als „Flüchtling“ bezeichnet wird. Die Personen aus Syrien bekommen z.B. sehr schnell eine Arbeitserlaubnis und schnelle Integrationshilfen. Sind diese Menschen nach einigen Jahren dann keine Flüchtlinge mehr? Sind die Menschen, die 1949 nach Bremen gekommen sind, immer noch Flüchtlinge? Es gibt keine klare Definition dazu.

Die Sozialbehörde bemüht sich, die ankommenden Menschen gleichmäßig unterzubringen.

Eine Bürgerin befürwortet eine Unterbringung im Hartmannstift und im Vulkangebäude und fragt, ob nicht ein Teil des Vulkangebäudes für soziale Einrichtungen genutzt werden könne, damit das gesamte Gebäude genutzt werden kann, ohne dort gleich 1200 Personen unterzubringen. Sie bittet um mehr Kreativität.

Ein Mitglied der Willkommensinitiative erklärt, dass die Flüchtlinge eine Bereicherung für den Stadtteil sind.

Sie bittet die Sozialbehörde, die Kinderbetreuung in Zukunft zu gewährleisten, weil die ehrenamtliche Arbeit nicht überstrapaziert werden sollte.

Herr Pörschke warnt davor, im Vulkangebäude Flüchtlinge unterzubringen. Mit der Unterbringung von 180 Flüchtlingen im Hartmannstift ist die absolute Höchstgrenze in diesem

Objekt erreicht. Wenn zu viele Menschen auf engem Raum wohnen, gibt es schnell Reibungspunkte.

Er würde es begrüßen, wenn nach Fertigstellung der neuen Hartmannstift-Bebauung auch Raum für Flüchtlingsfamilien im Bereich des Sozialwohnungsbaues entstehen würden.

Der Vorsitzende fasst die die verschiedenen Wortmeldungen zusammen und formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Der Beirat Vegesack stimmt der vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Hartmannstift unter folgenden Voraussetzungen zu:

1. **Es ist für ausreichende Kinderbetreuung zu sorgen.**
2. **Die schulische Versorgung der Kinder ist zu gewährleisten.**
3. **Es muss eine gemischte Belegung erfolgen.**
4. **Es müssen Sprachkurse für die Bewohner angeboten werden.**
5. **Es darf keine Belegung mit mehr als 180 Personen erfolgen.**
6. **Sobald die Ausschreibung erfolgreich durchgeführt und das Objekt verkauft ist, ist die Notunterkunft wieder aufzulösen.**

Nachdem die Grundsatzfrage:

„Stimmt der Beirat Vegesack der vorübergehenden Nutzung des ehemaligen Hartmannstifts von bis zu 180 Flüchtlingen als Notunterkunft zu?“

mit 10 Stimmen dafür, 5 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen wurde, stimmt der Beirat Vegesack Beschlussvorschlag mit 11 Stimmen dafür und 5 Enthaltungen ebenfalls zu.

Tagesordnungspunkt 6 Vergabe von Globalmitteln

Die vorliegenden Anträge auf eine Bezuschussung aus Globalmitteln wurden im Sprecher und Koordinierungsausschuss vorberaten. Insgesamt stehen zur Vergabe im Jahr 2015 57.593,27 Euro zur Verfügung.

Nachfolgend wird die Beschlusslage des Beirates aufgeführt. Die beschlossenen Zuschüsse verstehen sich jeweils mit dem Zusatz „bis zu einer Höhe von“.

	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragsumme	Beschluss
01	Beirat Vegesack	Zusatz zum Straßenschild Pezelstr. (Evangelisch Reformierte Kirchengemeinde)	100,00	100,00
02	Vegesacker Schützenverein v. 1852	Bau eines Regenwasserauffangteiches	1.500,00	1.500,00
03	Verein Ökologiestation	Druck des Veranstaltungsprogramms 2015	500,00	500,00
04	Vegesack Marketing	Festival Maritim 2015	2.000,00	2.000,00
05	Kulturbüro Bremen-Nord	Vegesack ruft die Geister	500,00	400,00
06	Vegesack Marketing	Vegesacker Kindertag 2015	1.000,00	1.000,00
07*	Beirat Vegesack	Repräsentative Mittel	1.000,00	1.000,00
08	Atelierkate Lesum	Kunst: Route 2015	1.107,00	500,00
09	Beirat Vegesack	Juniorwahl 2015	400,00	400,00

10	Beirat Vegesack	Kinder- und Jugendforum	1.000,00	1.000,00
11	Pro Familia Bremen-Nord	Renovierung der Beratungsstelle	1.947,36	1.000,00
12	Zimmer Galerie Kattenturm e. V.	Zwiesprache Lyrik - Schulprojekt	200,00	200,00
13	Heike noeme Fricke	Projekt "Oh Mamma Mia"	2.000,00	0,00
15	Blumenthaler TV	45. int. MARU-Schwimmfest 2015	1.750,00	1.750,00
16	Bärbel Kock	KUNST Herbst 2015	479,44	479,44
17	Sportfischerverein Blumenthal	Reparatur Anglerhütte	400,00	200,00
18	DLRG Bezirk Bremen- Nord e. V.	Beschaffung eines Druckers	980,00	980,00
19	AWO - Lilas Pause	Anschaffung von Notebooks + Programme zur Bildbearbeitung	2.835,92	710,00
20*	Schulverein der Schule Schönebeck e. V.	Förderung des Projektes: Ganz schön stark	5.500,00	0,00
21	SG Aumund-Vegesack	21. Int. Schwimmfest	2.000,00	1.750,00
22	Aktion Krötenschutz	Amphibienschutzaktion Lerchenstraße und Becketal 2015	600,00	600,00
23*	Bremer Philharmoniker GmbH	Inventar für die Musikwerkstatt	5.336,23	2.000,00
24	SG Aumund-Vegesack	Erhalt und Sicherung des Sportplatzes	5.000,00	3.000,00
25	Schulverein der Schule Schönebeck e. V.	Mitmach-Zirkus "Eldorado"	1.800,00	1.800,00
26*	Vegesacker BMX-Club e. V.	Beschaffung von BMX Rädern zur Integration und Förderung von jugendlichen Flüchtlingen	1.000,00	1.000,00
27	Kulturbüro Bremen-Nord	Kauf von Mikrofonsets / Erneuerung der Tonanlage	1.942,00	1.942,00
		Summe	42.877,95	25.811,44
		Restsumme	14.715,32	
		Abgabe einer Verpflichtungserklärung für Maßnahmen aus dem KiJuFo für das Jahr 2016	10.000 EUR	

07* Beschluss vom 22.01.2015

20* Nicht bewilligungsfähig, da das Projekt vor Antragstellung begann

23* Bitte um Vorstellung im Beirat und Hinweis Antrag in Burglesum und Blumental zu stellen

27* Die Fahrräder sollen allen interessierten Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Tagesordnungspunkt 7 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein Antrag der CDU vor, die Ampelschaltung an der Georg-Gleistein-Straße – Hammersbecker Straße und die Ampelschaltung an der Kreuzung Aumunder Feldstraße – Hammersbecker Straße sollte optimiert werden.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Fußgängerüberweg Aumunder Heerweg

Der Vorsitzende berichtet, dass der Fußgängerüberweg im Aumunder Heerweg für die Beleuchtung 4249,00 Euro, die Markierung 496,86 Euro und die Beschilderung 320,11 Euro gekostet hat.

Die Finanzierung erfolgte aus dem Wirtschaftsplan „Wartung und Betrieb der Straßenbeleuchtung“ sowie aus dem Wirtschaftsplan „Unterhaltung der Straßen“.

Blaues Band

Die Wirtschaftsförderung Bremen teilt mit, dass der probeweise Einbau der leuchtenden blauen Steine im Bereich der Gerhard-Rohlf's-Straße 55 bis 59 erfolgt ist.

Bestandschutz Bahnhofsgebäude Aumund

Das Bauamt verfügt über keine E-Liste zum Bestandschutz. Die Zuständigkeit liegt beim Landesamt für Denkmalpflege und wird im Bedarfsfall vom Bauamt Bremen-Nord abgefragt. Dem Bauamt Bremen-Nord sind keine Verkaufsgespräche bekannt. Der Bebauungsplan legt für diesen Bereich Bahnanlagen fest.

Dank an Beiratsmitglieder

Der Vorsitzende bedankt sich bei den ausscheidenden Beiratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit in der abgelaufenen Wahlperiode und fasst die angegangenen Themen der letzten Jahre zusammen.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe berichtet, dass die letzte Bürgersprechstunde am 27. Mai stattfinden wird. Sie bedankt sich bei Herrn Pörschke für die Unterstützung in der Bürgersprechstunde und als stellvertretenden Sprecher des Beirates. Außerdem bedankt sie sich bei allen Fraktionen, Beiratsmitgliedern und bei dem Ortsamtsleiter mit seinem Team für die gute Zusammenarbeit.

Auch Herr Pörschke bedankt sich bei den Beiratsmitgliedern und dem Vorsitzenden für das entgegengebrachte Vertrauen.

Tagesordnungspunkt 10 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Frau Frenzel berichtet, dass einige Bürger in Vegesack sich über die Wartehäuschen am Bahnhofsvorplatz beschwert haben.

Der Vorsitzende erklärt, dass er viele positive Rückmeldungen zum Bahnhofsvorplatz erhalten hat, bestätigt aber, dass die Wartehäuschen zu klein sind. Er erinnert aber daran, dass es sich nur um eine Übergangslösung handelt. Der zukünftige Beirat wird sich mit der Bahnhofsvorplatzgestaltung auch in Zukunft noch beschäftigen müssen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin